

Pressespiegel

zum Arbeitspapier 3/2009 „Widerstand
gegen Rechtsextremismus – eine Christenpflicht“

Schweriner Volkszeitung

SVZ.de

Der Prignitzer

PRIGNITZER.de

dpa ● ● ●

greenpeace
magazin.

NACHRICHTEN FÜR **MVregio** MECKLENBURG-VORPOMMERN

Lübecker Nachrichten

OZ
OSTSEE-ZEITUNG

ORF



Die Leiterinnen und Leiter der Katholischen Büros in Deutschland zusammen mit Erzbischof Dr. Werner Thissen und anderen Gästen im Weinhaus Uhle in Schwerin.

Foto: Martin Innemann

Bührle: "Christen können nicht tatenlos bleiben"

Katholische Kirche bezieht eindeutig Position gegen Rechtsextremismus

Die Leiterinnen und Leiter der Katholischen Büros in Deutschland haben sich auf ihrer Frühjahrestagung in Schwerin schwerpunktmäßig mit dem Thema "Rechtsextremismus" beschäftigt. Grundlage für die Beratungen war ein Arbeitspapier des Instituts für christliche Ethik und Politik (ICEP) in Berlin, welches den Rechtsextremismus aus theologisch-ethischer Perspektive beleuchtet.

"Rechtsextremismus bestreitet auf vielfältige offene und versteckte Weise die fundamentale Gleichheit aller Menschen. Da dürfen Christen nicht tatenlos bleiben", resümierte Schwester Cornelia Bührle RSCJ, Leiterin des Katholischen Büros in Schwerin. Zentral für die fundamentale Gleichheit aller Menschen sei die Menschenwürde. Diese sei nach Überzeugung der Katholischen Kirche von keinem weltlichen Gesetzgeber verliehen, vielmehr habe sie einen transzendenten, göttlichen Ursprung, der sich jeglicher menschlichen Verfügungsgewalt entziehe. "Würde die Menschenwürde von weltlichen Gesetzgebern zugesprochen, könnten weltliche Gesetzgeber sie auch wieder entziehen", erklärte Bührle. Hierin liege die wesentliche Bedeutung katholischer Ethik für Menschenrechtsdiskurse.

Die Katholische Kirche ist nach Aussage von Schwester Bührle aktiv, aber nicht aktionistisch. Im Laufe der rund 2000jährigen Geschichte sei die Katholische Kirche stets in "Grundlagenarbeit" aktiv gewesen. Besonders die männlichen und weiblichen Ordensgemeinschaften hätten zur Prägung von sozial und humanitär orientierten Gesellschaften beigetragen. Beispiele dafür seien im Schulwesen, im Krankenhauswesen oder in der Sozialarbeit zu finden, wo die Angebote und Hilfen stets allen Menschen zur Verfügung stünden und nicht nur Privilegierten. "Dieser Tradition bleibt die Katholische Kirche verpflichtet", so die Ordensfrau.

Vor diesem Hintergrund leistet die Katholische Kirche vor Ort viele Beiträge zum "Widerstand gegen Rechtsextremismus". Dazu zählen beispielsweise die Migrationsarbeit, durch die Beratungsstellen der

Caritas, die Opferhilfe, die Kindertagesstätten der Kirchengemeinden, die Familienberatung, die Familienferienstätten, die Kinder- und Jugendpastoral, die Erwachsenenbildung oder der Religionsunterricht.

Die ICEP-Studie ist über die Internetseite des Instituts abrufbar.

Quelle: Pressestelle Erzbistum Hamburg

23. April 2009, 17:05

Katholische Kirche berät über Rechtsextremismus

Schwerin (dpa) - Vertreter der katholischen Kirche aus ganz Deutschland beraten am Freitag in Schwerin über das Thema Rechtsextremismus. Grundlage ist ein Arbeitspapier, das das Institut für christliche Ethik in Berlin erarbeitet hat. Das Dokument liefere die ethische Begründung dafür, warum der Widerstand gegen den Rechtsextremismus eine Christenpflicht sei, sagte die Leiterin des Katholischen Büros in Schwerin, Schwester Cornelia Bührlé. Es sei das erste kirchliche Dokument dieser Art und zu diesem Thema in Deutschland. Die mehr als 20 Kirchenvertreter aus allen Bundesländern wollen sich ferner mit der kommerziellen Sterbehilfe befassen. Vor allem die Aktivitäten des früheren Hamburger Justizsenators Roger Kusch hatten dem Thema große Aufmerksamkeit beschert.

Die Bischöfe der evangelischen und katholischen Kirche in Mecklenburg-Vorpommern hatten bereits im Februar einen gemeinsamen Aufruf zur anstehenden Kommunalwahl herausgegeben, in dem sie vor der rechtsextremistischen NPD warnen. Das Arbeitspapier des Berliner Instituts geht weit darüber hinaus. Unter Berufung auch auf nicht-katholische Denker wie Theodor Adorno, Leo Baeck und Dietrich Bonhoeffer grenzt es die Kirchen vom Rechtsextremismus ab und kommt zu dem Schluss: «Die biblische Botschaft sowie das Selbstverständnis der Kirchen (...) schließen eine Gleichgültigkeit oder gar eine (sei es noch so schwache) Sympathie mit rechtsextremen Positionen kategorisch aus.» (Internet: www.icep-berlin.de) [Erzbischöfliches Amt]: Lankower Str. 14-16, 19057 Schwerin

Quelle: <http://www.greenpeace-magazin.de>

Christen können nicht tatenlos bleiben - Katholische Kirche bezieht Position gegen Rechtsextremismus

24.04.2009: Schwerin/MVregio Die Leiterinnen und Leiter der Katholischen Büros in Deutschland haben sich auf ihrer Frühjahrstagung in Schwerin schwerpunktmäßig mit dem Thema "Rechtsextremismus" beschäftigt.

Grundlage für die Beratungen war ein Arbeitspapier des Instituts für christliche Ethik und Politik (ICEP) in Berlin, welches den Rechtsextremismus aus theologisch-ethischer Perspektive beleuchtet.

"Rechtsextremismus bestreitet auf vielfältige offene und versteckte Weise die fundamentale Gleichheit aller Menschen. Da dürfen Christen nicht tatenlos bleiben", resümierte Schwester Cornelia Bührlé RSCJ, Leiterin des Katholischen Büros in Schwerin. Zentral für die fundamentale Gleichheit aller Menschen sei die Menschenwürde. Diese sei nach Überzeugung der Katholischen Kirche von keinem weltlichen Gesetzgeber verliehen, vielmehr habe sie einen transzendenten, göttlichen Ursprung, der sich jeglicher menschlichen Verfügungsgewalt entziehe. "Würde die Menschenwürde von weltlichen Gesetzgebern zugesprochen, könnten weltliche Gesetzgeber sie auch wieder entziehen", erklärte Bührlé. Hierin liege die wesentliche Bedeutung katholischer Ethik für Menschenrechtsdiskurse. Die Katholische Kirche ist nach Aussage von Schwester Bührlé aktiv, aber nicht aktionistisch. Im Laufe der rund 2000jährigen Geschichte sei die Katholische Kirche stets in "Grundlagenarbeit" aktiv gewesen. Besonders die männlichen und weiblichen Ordensgemeinschaften hätten zur Prägung von sozial und humanitär orientierten Gesellschaften beigetragen. Beispiele dafür seien im Schulwesen, im Krankenhauswesen oder in der Sozialarbeit zu finden, wo die Angebote und Hilfen stets allen Menschen zur Verfügung stünden und nicht nur Privilegierten. "Dieser Tradition bleibt die Katholische Kirche verpflichtet", so die Ordensfrau.

Vor diesem Hintergrund leistet die Katholische Kirche vor Ort viele Beiträge zum "Widerstand gegen Rechtsextremismus". Dazu zählen beispielsweise die Migrationsarbeit, durch die Beratungsstellen der Caritas, die Opferhilfe, die Kindertagesstätten der Kirchengemeinden, die Familienberatung, die Familienferienstätten, die Kinder- und Jugendpastoral, die Erwachsenenbildung oder der Religionsunterricht.

Die ICEP-Studie ist über die Internetseite des Instituts **hier verfügbar** "<http://www.icep-berlin.de>". Was sind Katholische Büros? Siehe **hier** "<http://www.katholisch.de/2655.html>"

Quelle: <http://www.mvregio.de/204406.html>

Katholiken stärken Widerstand gegen Rechtsextremismus

Schwerin (dpa) In der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus wollen die katholischen Vertretungen bei den Landesregierungen den Ton deutlich verschärfen. Laut einem Arbeitspapier, das heute auf einer Konferenz der Katholischen Büros aller Bundesländer vorgestellt wurde, ist der Widerstand gegen den Rechtsextremismus eine Christenpflicht.

Das Papier wende sich sowohl an Wähler als auch an politisch Verantwortliche, die sich zum Christentum bekennen, sagte die Leiterin des Katholischen Büros in Schwerin, Schwester Cornelia Bührlé. Die Studie wurde vom Berliner Institut für christliche Ethik und Politik erarbeitet.

Quelle: Ostsee-Zeitung, 24.4.2009 (dpa)

Katholiken gegen Rechtsextremismus

25. April 2009 | von hoff

Rechtsextremismus und Christentum sind unvereinbar. Mit dieser Position wendet sich die katholische Kirche an alle Wähler und politisch Verantwortlichen mit christlichem Hintergrund. Sie sollen sich gestärkt fühlen, Zivilcourage in Gesellschaft und Politik zu zeigen, sagte gestern Schwester Cornelia Bührlé, Leiterin des Katholischen Büros in Schwerin: "Widerstand ist Christenpflicht." Alle Leiter der Katholischen Büros in Deutschland hatten sich zuvor auf einer Tagung in Schwerin mit einer entsprechenden Studie des Instituts für christliche Ethik und Politik in Berlin befasst (wir berichteten). "Die Notwendigkeit, sich als Kirche öffentlich gegen Rechtsextremismus zu positionieren, ist unstrittig", sagte Bührlé nach der Tagung.

Zentral für die Gleichheit aller Menschen sei die Menschenwürde. Diese wird nach Auffassung der katholischen Kirche nicht durch einen weltlichen Gesetzgeber verliehen und kann deshalb auch nicht von Menschenhand wieder entzogen werden, wie Bührlé erläuterte. Rechtsextremismus setze sich dagegen brutal über die Würde des Menschen und den Solidaritätsgedanken hinweg. Zudem propagiere er den Einsatz von Gewalt und habe die Erschütterung der politischen Stabilität zum Ziel.

Dass sich die katholische Kirche erst jetzt speziell zum Rechtsextremismus positioniere, liege da ran, dass dessen Bekämpfung im christlichen Menschenbild ein Bestandteil eines Gesamtauftrages sei, so Stephan Rether, Leiter des Katholischen Büros in Magdeburg. "Das heißt nicht, dass wir das Thema in der Vergangenheit ausgeblendet haben."

Schwester Cornelia Bührlé kündigte an, dass die katholische Kirche in MV mit entsprechenden Projekten auf die Studie reagieren werde. Da sich die Kirche als aktiv, aber nicht als aktionistisch verstehe, leiste sie schon jetzt durch ihre soziale und humanitäre Wertevermittlung beispielsweise an Kitas oder Schulen ihren Beitrag zum Widerstand gegen Rechtsextremismus. Dazu gehörten auch die Migrationssarbeit und die Opferhilfe. Zudem engagieren sich die Kirchen in MV im Aktionsbündnis für Demokratie "WIR.Erfolg braucht Vielfalt".

Quelle: <http://www.svz.de/artikel/article//katholiken-gegen-rechtsextremismus.html> [30.04.2009]

Widerstand gegen Rechtsextremismus

Die katholischen Vertretungen bei den Landesregierungen wollen stärker dem Rechtsextremismus entgegenwirken. Laut einem Arbeitspapier, das am Freitag auf einer Konferenz der Katholischen Büros aller Bundesländer vorgestellt wurde, ist der Widerstand gegen den Rechtsextremismus eine Christenpflicht. Das Papier wende sich an Wähler und politisch Verantwortliche, die sich zum Christentum bekennen, sagte die Leiterin des Katholischen Büros in Schwerin, Schwester Cornelia Bührle **Institut für christliche Ethik und Politik**

Die Studie wurde vom Berliner Institut für christliche Ethik und Politik erarbeitet. Die Notwendigkeit, sich auf öffentlicher und politischer Ebene gegen den Rechtsextremismus zu positionieren, sei auf der Konferenz unstrittig gewesen, sagte Bührle. Die Teilnehmer hätten das Papier positiv aufgenommen. Bereits Anfang Februar hatten die katholischen und evangelischen Bischöfe in einem Aufruf davor gewarnt, bei der anstehenden Kommunalwahl in Mecklenburg-Vorpommern die NPD zu wählen.

Quelle: ORF [<http://volksgruppen.orf.at/diversity/stories/100266/>]

Zusammenstellung: ICEP, 5.5.09